

# Den Orient erforschen, mit Orthodoxen leben

Festschrift für Martin Tamcke  
zum Ende seiner aktiven Dienstzeit

Herausgegeben von  
Egbert Schlarb

2021

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <https://dnb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek  
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche  
Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the internet  
at <https://dnb.de>.

Informationen zum Verlagsprogramm finden Sie unter  
<https://www.harrassowitz-verlag.de>

© Otto Harrassowitz GmbH & Co. KG, Wiesbaden 2021

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne  
Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere  
für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und  
für die Einspeicherung in elektronische Systeme.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Druck und Verarbeitung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza  
Printed in Germany

ISSN 0340-6326

eISSN 2749-3288

ISBN 978-3-447-11711-1

eISBN 978-3-447-39186-3

# Gesellschaftliches Zusammenwachsen in Europa neu denken

Lars Klein

Politiker, die auf die scheinbar objektive Geografie verweisen, um sie von Europa fernzuhalten, wollen einfach nur die brisante ethnisch-kulturelle und religiöse Debatte über die EU und die Türkei vermeiden.

*Die Geografie gibt also keine Antwort auf die Frage, ob die Türkei zu Europa gehört oder nicht?*

So ist es. 2011 ist Mayotte der EU beigetreten, eine Insel, die mit der Komorengruppe im Indischen Ozean zwischen Afrika und Madagaskar liegt. Die Komoren, eine ehemalige französische Kolonie und heute ein selbstständiger Staat, halten das für neokolonial und beanspruchen Mayotte. Mayotte gehört also nun zur EU – aber die Türkei soll aus geografischen Gründen nicht EU-Mitglied werden können? Wie abstrus! Wer sich an den Bosphorus stellt und ergriffen meint, nach Asien zu blicken, hat nichts verstanden.

*Der Bosphorus ist keine natürliche Grenze Europas?*

Nein. Das ist ein breites, abgesoffenes Flusstal aus dem Pliozän, geologisch interessant, aber mehr nicht.<sup>1</sup>

Wo endet Europa? Wer und was gehören dazu? Studierende wollten von Martin Tamcke stets wissen, wie er diese Fragen für sich beantworte. Ob Russland dazugehöre oder die Türkei. In Lehrveranstaltungen hat er diese Frage zur Frustration einiger Studierender offengelassen und sie zurückgespielt: Wie sehen sie das? Was macht Europa für sie aus?

Aus Martin Tamckes Schriften und vor allem seinen Projekten lässt sich eine Antwort folgern, die zwar nicht explizit gegeben ist, den Einordnungen des eingangs zitierten Geografen Hans-Dietrich Schultz aber zunächst einmal nahekommen dürften: Auch für Tamcke ist die Antwort nicht in der Geografie zu finden. Er fände sie aber auch nicht in der Politik. Politische Zugehörigkeit und Abgrenzung sind ganz andere Fragen. Vielmehr wäre für Tamcke ein Europa ohne den Austausch, die gegenseitigen kulturellen Einflüsse und persönlichen Begegnungen ein anderes – und man kann wohl hinzusetzen: ein ärmeres. Wenn er von Zugehörigkeit zu Europa spricht, dann heißt das für ihn: kulturelle Zugehörigkeit. Nur vor diesem Hintergrund erklären sich seine vielen Reisen in Grenzgebiete, erklären sich seine Gründung des Studiengangs „Intercultural Hermeneutics“, sein Engagement für

---

<sup>1</sup> Stefan Reinecke, Interview mit Hans-Dietrich Schultz: Geograf über Kontinente und Grenzen, „Europa ist eine wirkmächtige Fiktion“, in: taz vom 7. Mai 2014 (<https://taz.de/Geograf-ueber-Kontinente-und-Grenzen/!5042768/>).

den „Euroculture“-Master oder Projekte wie „EUinDepth: European Identity, Cultural Diversity and Political Change“.

Was Europa ist, wo es anfängt und endet, wer dazugehört, was es ausmacht und wie es zu beschreiben wäre – mit diesen Fragen beschäftigt sich der Studiengang „Euroculture“. Ende der 1990er Jahre gehörte Martin Tamcke zur Gruppe von Wissenschaftler\*innen aus sechs Ländern, die Europa als offenes Projekt untersuchen wollten. Vor allem ging es darum, Europa im globalen Kontext zu betrachten, und das hieß in einem internationalen Kontext mit Studierenden aus der ganzen Welt. Dass der Studiengang weiterhin besteht, ist auch Martin Tamcke zu verdanken.

Hier sollen Studierende gemeinsam diskutieren, Ansichten in Frage stellen, Perspektiven erweitern. Und vor allem sollen sie die Perspektiven wechseln. Jede\*r muss nach dem ersten Semester Universität und Land wechseln. Wer will, kann einen „Research Track“ in den USA, Mexiko, Japan oder Indien belegen. Der indische Partner SPPU Pune wurde 2006 wesentlich von Tamcke eingebracht.

Inhaltlich hat Martin Tamcke den in den Sozialwissenschaften verankerten Studiengang Euroculture unter anderem um den Begriff des „Transkulturalismus“ bereichert. In seinem Beitrag zum Göttinger Intensive Programme 2011 hat er ihn so auf den Punkt gebracht:

Transcultural existence does not mean an existence beyond all cultural peculiarities, as the critics say. It is more like a passage through all particularism and interaction toward a common ground or a common aim – firstly with a look on the region or place where we live, secondly with a look on the entire globe.<sup>2</sup>

Hier finden sich also Europa und sein globaler Kontext. Hier finden sich aber auch Hinweise darauf, welche Bedingungen gelingende Begegnung benötigt. Was Tamcke als „transkulturelle Existenz“ formuliert, ist von enormer Tragweite. Das im wahrsten Sinne „existentielle“ hat der französische Philosoph Étienne Balibar ausgedrückt, indem er schrieb, in Begegnungen mit dem Anderen müsse man bereit sein, seine eigene Identität aufs Spiel zu setzen.<sup>3</sup>

Tamcke würde diese Position sicher unterschreiben. Er initiierte seine Kooperationen mit Universitäten auf der ganzen Welt nicht als Selbstzweck, sondern um Menschen in ihren Umgebungen und Lebensumständen kennenzulernen. Er ging auf sie zu soweit er nur konnte, ließ sich auf diese Umstände ebenso ein wie auf ihre Ansichten – und seien sie noch so schwierig oder gar feindlich, und versuchte eine gemeinsame Ebene zu entwickeln, auf der Begegnung und Austausch möglich waren.

Den Komplex Identität – Zugehörigkeit – Teilhabe hat Tamcke als Theologe, Philosoph, Historiker und Kulturwissenschaftler gegeben. Das Thema „citizenship“, das hier sozialwissenschaftlich anlagert, war aber eines, das auf der Agenda stand, wo immer Tamcke seinen Dialog führte. Der vorliegende Beitrag ist einer, der den Komplex in diese Richtung erweitern will und der wohl nur so aus vielen Jahren der Zusammenarbeit mit Martin Tamcke entstehen konnte.

2 Martin Tamcke, On the Path to Transculturality, in: Martin Tamcke u.a., Europe – space for transcultural existence? (Studies in Euroculture 1), Göttingen 2013, 143–150, 148.

3 Étienne Balibar, Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 525), Bonn 2005, 197.

## 1. (Staats-)Bürgerschaft jenseits des „methodologischen Nationalismus“

Vor der sogenannten „Flüchtlingskrise“ hatte Jürgen Habermas noch bemerkt, die politische Schockstarre stünde im Gegensatz zum gesellschaftlichen Zusammenwachsen in Europa.<sup>4</sup> An diesem „gesellschaftlichen Zusammenwachsen“ wird aber angesichts von „Flüchtlingskrise“, „Brexit“, Corona und einer stärkeren Betonung des Nationalen in vielen Ländern gezweifelt. Da gerade die ersten Impfungen gegen Corona gesetzt werden, ist die Diskussion darum, wem ein Recht zuzugestehen ist, sich in einem Land aufzuhalten und Leistungen zu beziehen, und wem dieses Recht verwehrt werden soll, weiter oben auf der Agenda. Er ist der Hintergrund, vor dem Flüchtlinge in Lipa oder auf Lesbos unter schlimmsten Bedingungen ausharren.

Während dies in die Debatte von „Staatsbürgerschaft“ als Institution führt, verhandelt die öffentliche Debatte die Zusammenhänge von Willkommenskultur, Teilhabe, Nationalismus, Rassismus und Verteilungsfragen – also mithin Fragen der sozialwissenschaftlichen Diskussion von „citizenship“. Die Vermengung dieser Debatten zeigt an, was der Euro-Parochter Dimitry Kochenov in einem launigen Text moniert hat: dass nichts anderes als völlige Willkür die Grundlage des Status von Staatsbürgerschaft bildet.<sup>5</sup> Étienne Balibar hat daher nicht zu Unrecht die Frage aufgeworfen, ob „Staatsbürgerschaft als politische Form selbst eine Grenze erreicht hat [...], oder ob sie im Gegenteil imstande ist, neue historische Gestalten für sich zu finden.“<sup>6</sup>

Die Diskussion um Staatsbürgerschaft soll im Folgenden mit dem Ziel systematisiert werden, die von Balibar geprägte Formel des nationale Grenzen überschreitende „citizenship in Europe“<sup>7</sup> als Grundlage für eine Debatte der Institution „citizenship“ zu formulieren. Zu diesem Zweck soll geschaut werden, wie vor allem die Ansätze der prominenten soziologischen und politischen Theoretiker\*innen Balibar, James Tully, Seyla Benhabib und Ulrich Beck zusammen gedacht werden können. Entwickelt werden soll also eine Idee von (Staats-)Bürgerschaft, die nicht von jenen Institutionen aus gedacht wird, die sie ermöglichen und garantieren und die nicht Nationalstaat gegen Europa setzt. Stattdessen sollen Vorstellungen des „gesellschaftlichen Zusammenwachsens“ genauer gefasst werden, indem sie „bottom-up“ gedacht werden. In diesem Sinne ist die Diskussion von „citizenship“ eine normative, insofern sie Utopien eines gemeinsamen Europas enthalten und ein neues konzeptionelles Verständnis von Europa ermöglichen, das strukturelle Offenheit erlaubt. In einem ersten Schritt soll dazu gefragt werden, wie Identität, Nationalstaat und Europa verstanden werden. Anschließend soll auf dieser Grundlage geklärt werden, wie Politik und Gesellschaft in Europa neu gedacht werden können.

Unter den Bedingungen von Globalisierung und europäischer Einigungsprozesse wurde vielfach konstatiert, dass der Nationalstaat in seinen Strukturen entscheidende Schwächungen erfahren hat. Seyla Benhabib beispielsweise stellt fest, dass die funktionalen Bereiche

4 Jürgen Habermas, Wie demokratisch ist die EU? Die Krise der Europäischen Union im Licht einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 56 (2011), 37-48, 38.

5 Dimitry Kochenov, Citizenship for Real. Its Hypocrisy, Its Randomness, Its Price, in: Ayelet Shachar/Rainer Bauböck, Should Citizenship be for Sale?, Florenz 2014, 27–29, 27.

6 Étienne Balibar, Gleichfreiheit. Politische Essays, Berlin 2012, 8.

7 Balibar, Bürger, 286.

des Staates – territoriale Autorität, administrative Kontrolle, demokratische Legitimität und kulturelle Identität – auseinanderfielen. Zu Recht schließt sie hier die Frage an, welche Folgen dieses Auseinanderfallen für Theorie und Praxis von Staatsbürgerschaft habe.<sup>8</sup> Die Vermutung, eine nationale Identität entfalte in dieser Situation keine ausreichende, integrationsfähige, bürgerliche Identität mehr, liegt nahe.<sup>9</sup> Gleichzeitig aber unterstreicht Benhabib, dass Demokratie nicht ohne Loyalität zu einer, wie auch immer gestalteten, territorialen Entität vorstellbar ist, die kleiner oder grösser als ein Nationalstaat sein könne.<sup>10</sup> Auch demokratisch verfasste, sich selbst regierende Gemeinschaften kommen ihrer Ansicht nach nicht ohne Grenzen und das Gefühl von Zugehörigkeit aus.<sup>11</sup> Auf diese Weise aber entkoppelt Benhabib Nation, Staat und Loyalität, ohne aber auf diese Begriffe an sich zu verzichten.

In einem Gespräch mit dem damaligen Präsidenten des Europarlaments, Martin Schulz, beklagte Ulrich Beck, dass wir „in einem Europa ohne Europäer“ lebten, in dem die drohende Katastrophe aus allen Perspektiven diskutiert worden sei, jenen der Wirtschaft, der politischen Institutionen, der Eliten, der Regierungen oder des Rechts, nicht aber aus jener der einzelnen Menschen.<sup>12</sup> Es sei, so Beck weiter, „ein schlechter Witz“, dass niemand bemerke, wie unbehaut die Räume seien, die durch das „abstrakte europäische Haus“ geschaffen worden waren.<sup>13</sup> So kritisiert Beck zwar, dass der Schaffung eines politischen Europas ein „top-down-approach“ zugrunde liegt, folgt aber, indem er nach den Bewohnern eines einzugsbereiten Hauses fragt, selbst der Logik des Nationalstaats: Wir haben Europa geschaffen, lasst uns nun also die Europäer erschaffen. Ein so formulierter „methodologischer Europäismus“ ersetzte letztlich nur eine essentialistische und exklusive Idee (Nation) durch eine andere (Europa). Im Gegensatz dazu hat Beck an anderer Stelle einen Ansatz eines „methodologischen Kosmopolitismus“ formuliert,<sup>14</sup> der ohne eine solche Setzung auskommt und der hier mit Blick auf Europa aufgefächert werden soll: „Das kosmopolitische Europa“, so Ulrich Beck und Edgar Grande in Sinne einer Hegelschen „Aufhebung“, „stellt nicht nur einen Gegensatz zum nationalen Europa dar, es setzt diesen auch voraus.“<sup>15</sup> Die beiden Autoren verstehen „Europa“ weitgehend als synonym zur Europäischen Union. Dabei stellen sie aber zugleich fest, dass etwa Beitrittskandidaten in eine „Selbst-Europäisierung“ eintreten und Europa folglich nicht als vorgefertigter räumlicher Container zu sehen ist. Vielmehr handele es sich um einen Prozess ohne klares Ziel und historisches Vorbild.<sup>16</sup> Europa wird als Entität verstanden, die eine bestimmte, aber veränderbare Form angenommen hat, und die sich um die Entwicklung eines unverwechselbaren Charakters

8 Seyla Benhabib, *Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger*, Bonn 2009.

9 Balibar, *Bürger*, 28f.

10 Benhabib, a.a.O., 143.

11 Ebd.

12 Ulrich Beck/Martin Schulz, *Mehr Willy Brandt wagen*, in: *FAZ* v. 23. Mai 2013; Ulrich Beck, *The European Crisis in the Context of Cosmopolitization*, in: *New Literary History* 43 (2012), 641–663, 655.

13 Beck/Schulz, *Willy Brandt*.

14 Ulrich Beck/Edgar Grande, *Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der zweiten Moderne*, Frankfurt am Main 2007, 33.

15 A.a.O., 32; Chris Rumford, *The European Union. A Political Sociology*, Malden/MA 2002, 118.

16 Beck, *Crisis*, 646; Klaus Eder, *The EU in Search of its People. The birth of a society out of the crisis of Europe*, in: *European Journal of Social Theory* 17 (2014), 219–237, 224.

und eines Exzeptionalismus nicht bemühen muss. Kontingent wie es ist, hat dieses „Europa“ eine Form, die zu einem anderen Zeitpunkt eine andere sein wird. Gestaltet wird diese Form auf verschiedenen Ebenen in vielfältigen Aushandlungsprozessen, die keiner missionarischen Idee folgen, wie sie sich etwa aus dem Wettbewerb mit anderen Ländern und Teilen der Welt ergibt.

Auch die radikaleren Denker\*innen können nicht vom nationalstaatlichen Rahmen und einer Identifikation mit Nationen absehen oder deren Existenz verneinen. Vielmehr wird auch von ihnen angenommen, dass neue Konzeptionen von Staatsbürgerschaft mit ihrer alten nationalen Form vereinbar sind.<sup>17</sup> Nimmt man also an, dass das alte Konzept des Nationalstaats gerade in einem sich weiter in Integrationsprozessen befindlichen Europa nicht mehr ohne weiteres aufgeht, Europa aber ohne „Nation“ nicht zu denken ist, stellt sich die wichtige Frage, wie sich dennoch ein Gefühl von Zugehörigkeit einerseits und Legitimation für nationalstaatliche wie europäische Institutionen andererseits einstellen kann. In der theoretischen Diskussion um „European citizenship“ wird hier am häufigsten ein Modell angenommen, das neue Konzeptionen von Staatsbürgerschaft mit seiner alten nationalstaatlich geprägten Form vereinbart.

Die besondere Leistung der Erfindung von Nationen besteht darin, eine Möglichkeit zur Orientierung bereit zu stellen und Menschen auf zirkuläre, selbst-stabilisierende Art und Weise ein Gefühl von Zugehörigkeit und Identität zu vermitteln. Étienne Balibar schreibt dazu, dass man weder mit einer einzelnen, fixen Identität noch mit unendlich vielen verschiedenen Identitäten leben könne.<sup>18</sup> Die Nation habe das eine Problem durch das andere gelöst: Sie habe die alten Identitäten gewissermaßen eingeschmolzen und eingetauscht in eine nationale.<sup>19</sup> Insofern macht die Nation ein für viele überzeugendes, weil einfaches Identifizierungsangebot, in das man sich leicht einfinden kann und das leicht zur Reduktion von Komplexität genommen werden kann. Es sei aber eine Illusion anzunehmen, so schreibt Balibar gleichzeitig, dass es eine Nation ohne Nationalität und Fremdenfeindlichkeit geben kann.<sup>20</sup> Man kann so weit gehen zu behaupten, dass die Einfachheit der nationalen Identität eben darauf gründet, dass sie die Welt und ihre Menschen leicht versteh- und einteilbar macht.

In dem Moment, in dem man die Sphäre des Rechts zu jener der Identität hinzunimmt und ein Rechtssubjekt formt, erreiche man genau das: Unterwerfung und Subjektivierung, sprich: Subjekt-Werdung.<sup>21</sup> Die Rechte seiner Bürgerschaft können aber nur von einzelnen Ländern wirkungsvoll garantiert werden und nicht von einem Weltstaat. Und das Grundprinzip eines Staates besteht eben in der Ausschließung jener, die in einem anderen Land leben,<sup>22</sup> von jenen Rechten, die er seinen Bürgerinnen und Bürgern gewährt. Wolle man also sowohl Freiheit und Gleichheit erreichen, müsse man, so Balibar an entscheidender Stelle, Staatsbürgerschaft und Identität entkoppeln.<sup>23</sup> Mit Blick auf Europa scheint das nicht nur theoretisch notwendig, sondern auch angesichts der Diversität der Bürger\*innen die

---

17 Balibar, Bürger, 100.

18 A.a.O., 55f.

19 A.a.O., 37.

20 A.a.O., 52.

21 A.a.O., 63.

22 Benhabib, Rechte, 71.

23 A.a.O., 63.

einzigste Möglichkeit, ein sinnvolles Modell von Staatsbürgerschaft zu entwickeln, zumal Balibar selbst sich nicht die Mühe macht, seine Idee eines „citizenship in Europe“ genauer zu beschreiben und zu füllen.

## 2. Was bedeutet Identität im Diskurs um „citizenship“?

Eine Entkopplung von Staatsbürgerschaft und Identität, wie Balibar sie einfordert, ist nur dann notwendig, wenn letztere dabei im Sinne einer kollektiven Identität als einer nationalen Identität gebraucht wird. Der Begriff von Identität aber, der sich für die Einzelnen entwickelt, ist ein anderer, und aus der Perspektive der Einzelnen ist oft genug behauptet worden, dass ohne ihn eben nicht auszukommen sei.

James Tully hat ein Konzept von bürgerlicher Identität entwickelt, das beim Einzelnen beginnt. Ich skizziere es hier in Abwandlung, sodass es in seiner Offenheit den Anforderungen des „methodologischen Kosmopolitismus“ genügt. Ausgangspunkt ist jene Frage, wie Martin Tamcke sie unter Verwendung von Peter Bieris Formulierung formuliert, nämlich danach, wie es möglich sei, „eine eigene Stimme“ zu finden. Er verweist auf die Frage von Studierenden, die bemüht sind, „die eigene von fremden Stimmen in sich selbst zu unterscheiden“<sup>24</sup>. Auch Tully geht davon aus, dass Identitäten überlappen und einer ständigen Aushandlung ebenso bedürfen wie einer Beteiligung im politischen und gesellschaftlichen Raum.<sup>25</sup> Was daraus entstehen soll ist, anders als bei Habermas, kein Konsens, sondern Teilhabe. Sie beruht für Tully nicht auf bestimmten Rechten und Pflichten, vielmehr geht er davon aus, dass sich Bürgerinnen und Bürger, Regierende und Theoretiker ohnehin nicht auf sie verständigen können. Entsprechend gewinnt die Teilhabe an einer selbstbestimmten Art des Regierens an Bedeutung.<sup>26</sup>

Was Tully weiter ausführte, erinnert mit seinem ständigen „intersubjektiven Aushandlungsprozess“<sup>27</sup>, der auf Anerkennung zielt, an von Martin Tamcke beschriebene Prozesse.<sup>28</sup> Hier entdeckt sich eine Person im Modus des In-der-Welt-Seins mit anderen.<sup>29</sup> Der Unterschied ist freilich offensichtlich: Während es Tamcke hier um persönliche Identität geht, geht es Tully um bürgerliche Identität und die Beschaffenheit eines politischen und gesellschaftlichen Systems. Wenn also Bürgerinnen und Bürger hier Identitäten ausbilden, kommunizieren und respektiert wissen wollen, dann weil sie nur so ein Teil jener multikulturellen und multinationalen Gemeinschaft sieht, die politische Entitäten heute ausmachen.<sup>30</sup> Entscheidend ist dabei, dass nicht jede Identität – Sartre würde sagen: nicht jeder

24 Martin Tamcke, Erste Eindrücke, in: Martin Tamcke, „Wie wollen wir leben?“ Ein deutsch-russisches Studierenden-Projekt der Universitäten Perm und Göttingen, Göttingen 2017, 111.

25 James Tully, Ein neues Verständnis von Bürgerschaft und Zugehörigkeit in multikulturellen und multinationalen Gesellschaften, in: Ders., Politische Philosophie als kritische Praxis, Frankfurt/M.-New York 2009, 49.

26 A.a.O., 41.

27 A.a.O., 54.

28 Tamcke, Path.

29 Tully, Verständnis, 58.

30 A.a.O., 72.



Entwurf – auf die gleiche Weise berücksichtigt werden kann, dass Tully aber für alle ein gleiches Maß an Anerkennung einfordert.<sup>31</sup>

Das macht nun die Frage nach gemeinsamer europäischer Identität und gemeinsamen Werten überflüssig. Europäisch wären eben jene, die in Europa leben, gleich welcher Herkunft und welchen Hintergrunds. Der „methodologische Kosmopolitismus“ strukturiert somit jenen kontingenten Raum der „Europäischen Union“. Die Annahme, dass europäisch sei, wer in Europa lebt, zielt auf ein Europa, das für Beiträge all jener offen ist, die sich im sozialen Raum Europas bewegen.<sup>32</sup>

### 3. Der soziale Raum Europas

Dieser Ansatz wirft zunächst eine Reihe von Fragen auf. Eine erste ergibt sich insbesondere, wenn man ein „Containerverständnis“ von Gesellschaft<sup>33</sup> insgesamt verwirft. Was, wenn ein Gemeinwesen nicht einem gegebenen Territorium entspricht, sondern sich der soziale Raum in einem steten Aushandlungsprozess befindet? Wenn er also nicht als fix zu denken ist, sondern als etwas, das sich aus der Interaktionen stets neu ergibt?

Für den Soziologen Chris Rumford stellt der „Kosmopolitismus“ hier einen Werkzeugkasten zum Umgang mit einer durch Globalisierungsprozesse in Unordnung geratenen Welt bereit. Er sei ein Ansatz zum Verständnis der sozialen und politischen Welt, die die Räume, mit denen sie zu tun habe, problematisiere und nicht voraussetze.<sup>34</sup> Ich erinnere, dass auch Benhabib geschrieben hatte, dass sie sich eine Loyalität ohne einen wie auch immer gefassten territorialen Raum nicht vorstellen könne.<sup>35</sup> Ein Raum umfasst gemäß der klassischen Theorie von Lefebvre dreierlei: den objektiv gegebenen, empirischen Raum, in dem menschliche Interaktion sich vollzieht (perceived space); den Raum, wie er sich Menschen subjektiv darstellt, in dem sie denken, arbeiten und politisch aktiv sind (conceived space); und jenen imaginierten Raum von Repräsentation, wie er durch Innovation und Imagination geschaffen wird (lived space).<sup>36</sup> Auf allen diesen Ebenen also vollzieht sich ein wesentlicher Wandel.

Wir würden folglich keinen topografischen, sondern operativen Raumbegriff verwenden<sup>37</sup> und etwa genauer darauf schauen, wer hier als innerhalb bzw. außerhalb eines Raumes behandelt (bzw. dann als Fremder erzeugt) wird und wer nicht. Ein solches funktionale Verständnis von Inklusion und Exklusion ist deswegen nützlich, weil noch nichts darüber ausgesagt ist, ob eine Inklusion erfolgreich ist oder nicht. Da wir davon ausgehen müssen, dass Ein- und Ausschließungsmechanismen kontingent sind, heißt das, dass wir stattdessen die Mechanismen umso genauer untersuchen müssen, um ihre Wirkungsweisen zu analysieren und mögliche alternative Funktionsweisen aufzuzeigen. Die Rede von der Gleichheit der Mitglieder einer Gesellschaft versteht Nassehi dagegen als „kontrafaktische Begleitse-

31 Tully, Verständnis, 62.

32 Vgl. Balibar, Bürger, 63.

33 Armin Nassehi, Gesellschaft der Gegenwart, Berlin 2011, 188.

34 Chris Rumford, Cosmopolitan Spaces. Europe, Globalization, Theory, New York 2008, 1.

35 Benhabib, Rechte, 143.

36 Henri Lefebvre, The Production of Space, Oxford 2001, 38–40.

37 Nassehi, a.a.O., 173f.

mantik“ und stellt fest, dass „die rechtliche Form der Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz auf die zu beobachtende Ungleichheit der Menschen und der Verhältnisse“ reagiert.<sup>38</sup> So mag es beispielsweise für alle Mitglieder einer Gesellschaft die gleichen Zugangsmöglichkeiten zum Bildungssystem geben, an dem aber praktisch einzelne gesellschaftliche Gruppen auf sehr unterschiedliche und ungleiche Weise teilhaben. Nassehi schließt hier eine grundsätzliche Überlegung an, dass „Inklusion das Problem ist, nicht die Lösung, und dass das neue Interesse an Exklusion auch ein Versuch ist, das Neue, Ungeübte, das begrifflich Unbegriffene sagbar zu machen.“<sup>39</sup>

Auch der „Raum Europa“ wird entsprechend immer wieder verhandelt und verschoben. Staatsbürgerschaft muss an dieser Stelle als Prozess und als Praxis begriffen werden, als Praxis der Aushandlung, die jenen sozialen und geographischen Raum erst herstellt, dem sich Menschen zugehörig fühlen.

#### 4. Staatsbürgerschaft „bottom up“ – Gesellschaft als „petit a“

In allen hier diskutierten Ansätzen zur (Staats-)Bürgerschaft als Prozess wird nicht nur auf personaler Ebene neu ausgehandelt. Wo (Staats-)Bürgerschaft ständig erneuert werden muss, mehr „Praxis und Prozess“ ist, als dass sie eine fixe Form mit von vornherein klar definierten Rechten und Pflichten besäße, da handelt es sich um eine, wiederum in den Worten Balibars, „unvollendete (Staats-)Bürgerschaft“ (imperfect citizenship).<sup>40</sup> Diese ist nicht als unfertig zu denken, sondern als „mangelhafte, korrekturbedürftige und verbesserungsfähige Institution“<sup>41</sup>. Somit wird hier ein Verständnis von Staatsbürgerschaft etabliert, das strukturell offen gedacht ist und demgemäß nicht nur auf personaler Ebene ständig neu ausgehandelt wird, wie Selbstverständnis und Zugehörigkeit sich ausdrücken und kommunizieren, sondern demgemäß auch die politische und gesellschaftliche Gruppe, der diese Zugehörigkeit gilt, ständig neu zusammengesetzt wird. Es geht um nichts weniger als um die Bedingungen von Teilhabe und Mitwirkung. Staatsbürgerschaft, so heißt es weiterhin bei Balibar, werde entsprechend nicht von oben zugestanden, sondern von unten erkämpft.<sup>42</sup>

Der besondere Clou dieses Ansatzes ist nun, dass dazu alle zumindest symbolisch ihre angenommene bürgerliche Identität aufs Spiel setzen und in der Gegenwart neu zusammensetzen müssten.<sup>43</sup> Hans Magnus Enzensberger hat deren Funktionsweise in „Die große Wanderung“ einst mit der Szene einer Zugfahrt zu illustrieren versucht, auf der eine Gruppe von Menschen in einem Abteil sitzt. Diejenigen, die bereits Platz genommen haben, erscheinen jenen, die neu zusteigen und einen Platz suchen, als diejenigen, die immer schon da waren, und das ganz unabhängig davon, wie sehr sich diese Menschen als Gruppe begreifen, wie sie zueinander stehen und ob sie etwa alle erst in der vorigen Station eingestie-

38 Nassehi, *Gesellschaft*, 183f.

39 A.a.O., 190.

40 Balibar, *Bürger*, 193.

41 A.a.O., 194f.

42 A.a.O., 96.

43 A.a.O., 197.

gen sind.<sup>44</sup> Dieses Bild zeigt an, wie realitätsnah die Forderung eigentlich ist, die eigene bürgerliche Identität ständig neu zu begründen. Und dennoch ist dieses Bild überholt, weil es von einem räumlich klar abgegrenzten Raum ausgeht, der heute so nicht gegeben ist. Naheliegender ist es daher, nicht den Raum, sondern die Teilnehmenden des wechselseitigen Anerkennungsprozesses zu bestimmen. Eine Möglichkeit bestünde dabei darin, alle, die von den jeweiligen Debatten betroffen sind, auch an ihr mitwirken zu lassen.<sup>45</sup>

Sofern sich Mehrheitsgesellschaft darüber definiert, dass die eine Gruppe einen Pass hat und die anderen nicht, ist die Sache so eindeutig wie simpel. Legt man aber andere Variablen an, wird die Sache komplizierter. Patricia Mindus hat hier etwa die Frage aufgeworfen, ob es plausibel oder vernünftig sei, dass eine Person das Attribut X besitze, um Aufgabe oder Funktion Y von Staatsbürgerschaft auszuführen.<sup>46</sup> Wenn es um politische Mitwirkung geht, ausgedrückt etwa durch die Ausübung des Wahlrechts, so ihr Beispiel, ist schwer zu begründen, warum darüber auf der Basis von *ius sanguinis* entschieden werden kann.<sup>47</sup> Die EU wird deswegen lange als Testfall für neue Formen von Zugehörigkeit und Teilhabe gesehen, weil mit der Gleichstellung von EU-Bürger\*innen zahlreiche Annahmen des „methodologischen Nationalismus“ formal außer Kraft gesetzt werden, die gleichwohl weiter diskutiert werden. Ein Beispiel ist die Freizügigkeit von EU-Bürger\*innen. Logisch ist weder ein Ausschluss bestimmter Gruppen zu begründen noch ist die Notwendigkeit von „Staatsbürgerschaftstests“ einsichtig.

Indeed, if a Romanian is good enough to be embraced by British society as equal, subjecting a Moldovan to any kind of tests is utterly illogical: the arguments of the protection of culture, language, etc. are simply devoid of relevance when more than half a billion EU citizens are exempted from them.<sup>48</sup>

Die Frage lässt sich freilich auch noch grundsätzlicher stellen.<sup>49</sup> Dimitry Kochenov folgt entsprechend, man müsse gar nicht so tun, als läge der Gewährung von (Staats-)Bürgerschaft etwas anderes als bloße Willkür zugrunde. „Once the inevitable randomness of exclusion is admitted – as Shachar did in her book on the birthright lottery – we need to ask what citizenship is actually about.“<sup>50</sup>

Besondere Bedeutung kommt der Frage zu, wie dieser Prozess moderiert und verregelt wird. Tully geht davon aus, dass sich Bürgerinnen und Bürger, Regierende und Theoretiker ohnehin nicht auf sie verständigen könnten. Entsprechend gewinnt die Teilhabe an einer selbstbestimmten Art des Regierens an Bedeutung.<sup>51</sup> Wenn also Bürger\*innen Identitäten

44 Hans Magnus Enzensberger, *Die große Wanderung*. 33 Markierungen. Mit einer Fussnote „Über einige Besonderheiten bei der Menschenjagd“, Frankfurt am Main 1992, 11f.

45 T. Alexander Aleinikoff, *Comments on the Rights of Others*, in: *European Journal of Political Theory* 6 (2007), 424–430, 427.

46 Patricia Mindus, *Europeanisation of Citizenship within the EU. Perspectives and Ambiguities*, in: Jean Monnet Working Papers (European Centre of Excellence) Trento 2010, 20.

47 Ebd.

48 Kochenov, *Citizenship*, 29.

49 Vgl. Angelia Means, *The Rights of Others*, in: *European Journal of Political Theory* 6 (2007), 406–423, 409.

50 Kochenov, a.a.O., 27.

51 Tully, *Verständnis*, 51.

ausbilden, kommunizieren und respektiert wissen wollen, dann weil sie nur so ein Teil jener multikulturellen und multinationalen Gemeinschaft sein können, welche politische Entitäten heute ausmachen.<sup>52</sup> Entscheidend ist dabei, dass nicht jede Identität auf die gleiche Weise berücksichtigt werden kann, dass Tully aber für alle ein gleiches Maß an Anerkennung einfordert.<sup>53</sup> Die Schwierigkeit des dazugehörenden Aushandlungsprozesses liegt nun darin, die Legitimität einer abweichenden Position anzuerkennen und als solche stehen zu lassen.

So macht sich am Ende niemand Illusionen darüber, dass alle dieselben Rechte haben werden können, und darauf kommt es ihnen auch nicht an. Nicht dieselben Rechte, schreibt Balibar, seien wichtig, sondern dieselbe Akzeptanz.<sup>54</sup> In seiner eigenen Arbeit hat er dies als „Gleichfreiheit“ zu einer umfassenden Theorie ausgearbeitet, ein Kofferwort, das im Englischen oder Französischen fraglos auch besser klingt (equaliberty). Gleichheit ergibt sich bei ihm nicht durch gleiche Rechte und Pflichten, sondern durch eine Reziprozität der Machtbeziehungen.<sup>55</sup>

Was theoretisch schlüssig erscheinen mag, stößt in der Praxis oft genug an Grenzen. Sichtbar wird dies nicht zuletzt im Umgang mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“. Denn sofern sich dieses Wechselspiel um Anerkennung und Zugehörigkeit in die Unsicherheit oder gar Angst übersetzt, nicht teilhaben zu können oder gar zu dürfen, droht dieses Prinzip von (Staats-)Bürgerschaft als offener Prozess zu scheitern. Wie aber ist eine strukturelle Offenheit im Positiven garantiert, wenn sie nicht auf von vornherein feststehenden und entsprechend fixierten Rechten und Pflichten beruht?

Gerade mit Blick auf Europa ist nun wichtig zu schauen, was genau Gesellschaft sein kann. Marchart, Balibar und Tully etwa gehen von einem ähnlichen Ausgangspunkt wie Benedict Anderson aus, drehen aber dessen Idee einer „imagined community“ dahingehend, dass Gesellschaft in ihrer Totalität weder vorstellbar noch erreichbar ist.<sup>56</sup> Sie begnügen sich nicht mit dem als-ob-Denken einer dann eben bloß vorgestellten und immer schon vorausgesetzten Gemeinschaft. Vielmehr entspricht ihre Idee von Gesellschaft dem Lacanschen „objet petit a“, das immer angestrebt werden muss, aber nie erreicht werden kann.<sup>57</sup> Gesellschaft wird also als ein produktives Movens gedacht, ohne welches der Prozess der Vergemeinschaftung nicht weitergehen würde. Daraus ergibt sich ein entscheidender Baustein, der zu verstehen hilft, was Balibar, Tully und Benhabib mit (Staats-)Bürgerschaft als Praxis und Prozess beschreiben. Dieser Prozess zielt weiter auf Gesellschaft als „unmögliches Objekt“, in dem „Totalisierungseffekte möglich sind, obwohl Totalität unmöglich ist“<sup>58</sup>. Diese Ergänzung hat noch einen weiteren Vorteil, denn legt man Lacans „objet petit a“ an, ist zugleich gesagt, dass wir hier auf etwas treffen, was Marchart als „postfundamentalistische Theorie von Gesellschaft“ begründen will: eine Gesellschaftsformation, die kein von vornherein festgesetztes Ziel hat und nicht auf einem bereits etablierten Grund beruht,

52 Tully, Verständnis, 72.

53 A.a.O., 62.

54 Balibar, Bürger, 170.

55 A.a.O., 197; Ders., Gleichfreiheit, 92–95.

56 Oliver Marchart, Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft, Berlin 2013, 321.

57 Ebd.

58 A.a.O., 324.

der diese Prozesse leiten würde. Dies entspricht dem Ansatz, wie wir ihn hier bereits etabliert haben, nach dem geteilte Rechte und Pflichten nicht Grundlage, sondern Gegenstand gesellschaftlicher Prozesse sind, und hilft bei der weiteren Klarstellung. Das Politische, so Marchart, begegne uns im Modus des Sozialen.<sup>59</sup>

Ohne einen institutionellen Überbau kommen auch diese Ansätze nicht aus, denn Institutionen sind notwendig, um diese Entwicklung zu garantieren, die aber freilich von unten entsteht. Sie werden in dieser Funktion „von unten“, also durch die Bürgerinnen und Bürger immer wieder herausgefordert und in Frage gestellt, da sie einer freien und gleichen Gemeinschaft entgegenstehen und der besagte Aushandlungsprozess nicht mehr funktioniert. Es muss deswegen immer wieder grundsätzlich neu verhandelt werden, wer mitentscheiden und mitgestalten kann und wer nicht und warum nicht. So wird nicht nur Zugehörigkeit ständig neu definiert, sondern auch der institutionelle Überbau ständig neu gefasst. Diese aber zu untersuchen, soll nicht Teil dieses Aufsatzes sein, denn sie führten ein gutes Stück weg von der Ausgangsfrage, wie wir uns ein konstruktive Co-Habitation im Sinne Martin Tamckes sozialwissenschaftlich vorstellen können.

## 5. Fazit

An dieser Stelle bleibt nochmals zu schauen, wie die hier angeführten zentralen Bausteine einer Theorie, die sich aus den Ansätzen Becks, Tullys und Balibars speist, tatsächlich kompatibel und zu integrieren sind. Bei aller oben beschriebenen Offenheit politischer Aushandlungsprozesse ist die entscheidende Frage jene, wie Menschen diese aushalten und in ihr ohne einen fixen Rahmen aus großen Erzählungen und Staatszielen ihre Position finden und formulieren können. So verstanden wäre eine „bottom-up“ gedachte (Staats-)Bürgerschaft der Form nach also keine „europäische (Staats-)Bürgerschaft“, sondern eine „(Staats-)Bürgerschaft in Europa“.<sup>60</sup> Diese würde auch „bottom-up“ organisiert als „gemeinsame[r] Aufbau der Bürgerschaft durch die verschiedenen Bewohner Europas“<sup>61</sup>. In diesem Sinne müsste sie weitergedacht werden.

Die sogenannte Flüchtlingskrise hat die Bedingungen hierfür grundlegend verändert, denn sie hat die Anwesenheit jener sichtbar gemacht, die in Europa leben wollen, aber keinen europäischen Pass haben, und damit zum einen die Frage auf die Tagesordnung gesetzt, welchen Beitrag sie zur Gesellschaft leisten können und sollen, und zum anderen jene, wie dieser Beitrag politisch zu ermöglichen und zu institutionalisieren wäre. Zahlreiche Untersuchungen haben die Potenziale der Zuwanderung unterstrichen, während die Hybridität vieler europäischer Gesellschaften lange schon statistisch belegt ist. Gleichzeitig offenbart die öffentliche Diskussion gerade von etwa rechtspopulistischen oder identitären Initiativen, dass das gesellschaftliche Zusammenwachsen weiterhin von Vorstellungen des „methodologischen Nationalismus“ geleitet ist und die Probleme der europäischen Einwanderungspolitik zwar externalisiert werden (Grenzkontrolle, Registrierung und Verteilung von Flüchtlingen), aber nur bedingt internalisiert (gegenseitige Unterstützung bei der Her-

<sup>59</sup> Marchart, Objekt, 431.

<sup>60</sup> Balibar, Bürger, 286.

<sup>61</sup> Ebd.

ausbildung von neuen Mechanismen). Die Grenzschießungen, nationalen Egoismen und vielfach geschürte Ängste vor der Einschleppung des Virus durch Fremde haben diese Diskussionen eher verstärkt als verdrängt.

Der vorliegende Artikel hat dazu Ansätze skizziert, mit denen dieses sinnvoll geschehen kann, indem Europa nämlich als ein sozialer und politischer Raum verstanden wird, zu dem alle einen Beitrag leisten können, die in ihm leben. Dieser Beitrag würde umso wirksamer, je mehr er von den Individuen als Bereicherung der jeweils eigenen Identität begriffen wird, die auf diese Weise neu verstanden und neu verhandelt werden kann. Europa und die Fragen, wo es endet und wer dazu gehört, bleiben so ein strukturell offenes Projekt, das stets im Entstehen begriffen ist und von den verschiedenen Bewohnern des sozialen Raumes Europa immer neu angestoßen wird.